

Die Krise in der Ukraine: Szenarien der Entwicklung

Nach der widerstandslosen Einverleibung der Krim in die Russische Föderation im März 2014 weitete sich Anfang April 2014 die Krise in den Osten der Ukraine aus. In den ostukrainischen Städten Donezk, Luhansk und Charkiw forderten prorussische Separatisten eine Abspaltung von der Ukraine. Gründe gibt es mehrere, so unter anderem ein Sprachengesetz von 2012, das die Möglichkeit offizieller Regionalsprachen vorsieht. Während die Proteste in Charkiw rasch abklungen, weiteten sie sich in Donzek und Luhansk zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit den ukrainischen Streitkräften aus. Tausende forderten den Anschluss an Russland.

Volksrepubliken Donzek und Luhansk - Novorossija

Am 7. April 2014 riefen Separatisten die souveräne Volksrepublik Donezk aus und erbaten von Moskau „Friedenstruppen“, am 27. April wurde die Volksrepublik Luhansk ausgerufen. Aus beiden wurde am 25. Mai der föderale Staat „Novorossija“ (Neurussland). Die Regierung in Kiew bezeichnet die Milizen als Terroristen und beschuldigte die russische Regierung, die Unruhen zu schüren. Entlang der russisch-ukrainischen Grenze wurden auf russischem Territorium Truppen in der Größenordnung von über 20'000 zusammengezogen. Im April 2014 begann auf ukrainischer Seite die Aufstellung von paramilitärischen Freiwilligenverbänden die sich in den jeweiligen Wohnregionen in Bataillonen organisierten. Am 15. April 2014 starteten die ukrainischen Streitkräfte, unterstützt durch proukrainische Milizverbände, erste Aktionen gegen die bewaffneten pro-russischen Milizen.

Die Waffenstillstandsabkommen von Minsk

Zwar kam es zwischen dem 21. bis 30. Juni und als Folge des Treffens von Minsk Anfang September (Minsk I) zu Waffenstillstandsabkommen. Doch nach den „Präsidenten- und Parlamentswahlen“ in den beiden Volksrepubliken Anfang November als Antwort auf die offiziellen Wahlen Ende Oktober in der Ukraine kündigte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am 3. November 2014 eine Änderung der Strategie der Regierung im Umgang mit den Separatisten an. Die prorussischen Separatisten wurden der Verletzung des Minsker Friedensabkommens beschuldigt. Poroschenko will sich die Regionen in der Ostukraine „zurückholen“.

Nachdem die gewaltsame Eskalation nicht verhindert werden konnte, kam es im Februar 2015 in Minsk zu einem weiteren Waffenstillstandsabkommen (Minsk II). Dieses Abkommen umfasst unter anderem eine Waffenruhe der beteiligten Konfliktparteien in der Ostukraine, die Einrichtung einer Pufferzone mit dem Abzug schwerer Waffen, einen Gefangenenaustausch und die Überwachung der Front durch die OSZE. Fremde Truppen und fremde Kämpfer („Söldner“) und ihre Waffen sollen vom Gebiet der Ukraine zurückgezogen werden.

Bei der seit April 2014 andauernden Militäroperation sollen rund 8000 Volksmilizen getötet mehr als 4300 Zivilisten ums Leben gekommen sein. Das Abkommen Minsk II vom 12. Februar 2015 hält zwar. Doch der Waffenstillstand ist brüchig. Immer wieder brechen vereinzelt Scharmützel aus. Der politische Prozess der in Minsk vereinbarten Dezentralisation des Ostens hat noch nicht mal begonnen. Die Auseinandersetzungen um die Frage, ob die Ukraine als Zentralstaat oder als

Konföderation den Weg in die Zukunft gehen soll, ist noch nicht mal andiskutiert. Klar ist, dass Kiew zumindest vorläufig die von den Separatisten in der Ostukraine besetzten Gebiete verloren hat. Der Konflikt scheint einzufrieren, was für die aus fünf Parteien bestehende Kiewer Koalitionsregierung eine grosse Herausforderung sein wird. Es stellt sich die Frage, welche Entwicklungsszenarien denkbar sind.

Szenarien

1. Bedingungslose Kapitulation der prorussischen Separatisten: Die prorussischen Separatisten sind isoliert. Im Verlaufe der kommenden bewaffneten Auseinandersetzungen werden ihre Kräfte weiter dezimiert. Substantielle Unterstützung aus Russland bleibt aus. Den militärischen Verbänden der beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk verbleibt am Ende nur die Kapitulation. Das Projekt Novorossija scheitert. Kiew übernimmt wieder die volle Kontrolle in den beiden Regionen der Ostukraine und stellt den ursprünglichen Zustand her.

2. Russland lässt die Separatisten fallen und verfolgt eine diplomatische Lösung: Russland lässt die Separatisten unter Aufrechterhaltung der militärischen Drohkulisse schrittweise fallen und wendet sich in den kommenden Monaten einer diplomatischen Lösung zu. Die humanitäre Hilfe rückt in den Vordergrund. Die russischen Friedenstruppen werden legitimiert, was für künftige Konflikte eine Rolle spielen kann. Die russischen Separatisten werden nach langwierigen Guerillakämpfen schrittweise aufgegeben. Schrittweise reinstalliert Kiew seine Herrschaft.

3. Lösung des Konflikts unter Beteiligung der Separatisten – Teilautonomie: Unter Vermittlung durch Russland und der OSZE gelingt es Kiew, den Separatisten Zugeständnisse abzurufen. Die prorussischen Separatisten stellen ihre bewaffneten Tätigkeiten ein und werden an einer politischen Lösung beteiligt. Novorossija und die beiden Volksrepubliken Donzек und Luhansk erhalten einen teilautonomen Status, verbleiben aber Teil des ukrainischen Staatsgebietes. Russland stellt unter grossem internationalen Druck die Unterstützung an Waffen und Gerät sein und setzt auf Diplomatie.

4. Der Konflikt schwelt weiter und friert ein: Die Kampfhandlungen gehen weiter. Ermüdungserscheinungen auf beiden Seiten führen dazu, dass der Konflikt nicht gelöst wird. Die prorussischen Separatisten nutzen das Machtvakuum und gehen verstärkt zum Guerillakampf über, was weitere Opfer fordert. Die Unterstützung der Zivilbevölkerung schwindet. Russland unterstützt weiterhin die Separatisten, allerdings auf Sparflamme. Kiew gelingt es nicht, seine Herrschaft wieder herzustellen. Eine politische Lösung wird verhindert.

5. Der Konflikt eskaliert – ohne direkte Intervention Russlands: Die prorussischen Separatisten erhalten aus Russland weitere Waffen und Munition in grösserem Ausmass und geben ihren bewaffneten Kampf nicht auf. Ein komplexer Orts- und Häuserkampf ist die Folge. Guerillaaktionen werden verstärkt durchgeführt. Die Lage destabilisiert sich zunehmend mit einer steigenden Anzahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung. Die Regierung in Kiew ist nicht in der Lage, die Herrschaft mit eigenen Mitteln wieder herzustellen. Der Osten bewegt sich in Richtung eines andauernden Bürgerkrieges. Russland hält sich aus direkten bewaffneten

Auseinandersetzungen heraus, wird für die Unterstützung der Rebellen mit zusätzlichen Sanktionen belegt.

6. *Der Konflikt eskaliert mit direkter Intervention Russlands:* Russland sieht sich gezwungen, unter dem Vorwand einer humanitären Intervention militärisch einzugreifen mit dem Ziel, die prorussischen Separatisten logistisch und im Kampf zu unterstützen. Der Konflikt zwischen Moskau und Kiew bricht auch militärisch aus. EU und NATO sehen sich gezwungen, zusätzliche, weitgehende Konsequenzen für Russland zu beschliessen und durchzusetzen. Die Meerengen, z.B. der Bosphorus, könnte für die russische Marine geschlossen werden. Potenzial für eine weitere Eskalation des Konflikts wird geschaffen. Russland gerät international in die Isolation.

7. *Szenario Krim:* Die prorussischen Separatisten setzen sich unter grossen Opferzahlen mit russischer Waffenhilfe durch. Die beiden Regionen Donezk und Luhansk brechen weg und werden als Novorossija unabhängig. Der neue Staat wird von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt. Der Kreml wird den neuen Staat zumindest in einer ersten Phase nicht in die Russische Föderation integrieren, politisch, militärisch und wirtschaftlich aber unterstützen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist ein Volksreferendum und die Integration in das Gebiet der Russischen Föderation denkbar.

Beurteilung

Russland definiert sich mit der Annexion der Krim und der Krise in der Ukraine neu. Der Kreml macht geltend, dass es sein Recht und seine Pflicht sei, die ethnischen Russen in den benachbarten Ländern zu verteidigen. Besonders grosse russische Minderheiten gibt es neben der Ukraine auch in Lettland, Estland und Kasachstan. Es stellt sich die Frage, ob es zu weiteren Aktionen vergleichbarer Art kommen könnte. Latente Konfliktherde in der Nachbarschaft zu Russland gibt es einige. 2008 hat der Kreml neue Fakten in Südossetien und in Abchasien geschaffen. Der Konflikt in Transnistrien schwelt seit 1992. Das Konzept „Krim“ funktioniert dann, wenn der Kreml überraschend neue Fakten schaffen und davon ausgehen kann, dass der Westen und mit ihm die NATO ausserhalb ihrer eigenen Verbündeten keine militärischen Gegenaktionen lancieren werden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass Russland seine Fähigkeiten zu raumgreifenden Operationen im grenznahen Ausland in den kommenden Jahren ausbauen könnte. Am 9. Mai 2015 begeht Russland den 70. Jahrestag zum „Sieg über den Faschismus“. Diese Gelegenheit wird der Kreml nicht ungenutzt verstreichen lassen, der Welt klarzumachen, dass Russland zur alten Stärke zurückgekehrt ist.

Dieter Kläy, Dr.phil. I, Oberstleutnant, Winterthur